

Es mag kommen von welcher Seite sie wolle. Darum meint auch das „Welt Journal“: Deutschland sei ein Selbstverständiger zu rufen, diese nicht die Reparationsfrage lösen, sondern sie bereinigen, denn das Reparationsproblem ist ein rein politisches Problem. — Man weiß in Paris ganz genau, daß die Wirkung des Papstbriefes innerhalb Frankreichs doch tief sein wird, darum ist man auch so aufgebracht. Man hofft allerdings im eigenen Lande diesen Schlag parieren zu können, aber man sieht höchst besorgt nach England, nach Italien und besonders nach Belgien.

Sofort sind übrigens

in der Kammer zwei Interpellationen

folgender Abgeordneter eingebracht worden, die auf die erste Lage infolge des päpstlichen Schreibens hinweisen. Nur so erklärt sich vielleicht die große Eilfertigkeit der Regierung, wissen zu lassen, daß sie um das Leben Friedens willen nicht nur die Rebellen des Schwarzen Meeres, sondern auch die wegen ihrer gegenseitigen Anfeindungen verurteilten Rohakten und Kommunisten demnächst sämtlich zu begnadigen beabsichtigt, nachdem der Senat am Donnerstag das Begnadigungsrecht der Regierung bis zum 1. Juni 1924 ausgedehnt hat.

Wien so lauten Widerfall auch der Friedensbrief des Papstes gefunden hat, wir Deutschen haben allen Grund, vorsichtig zu sein und etwaige große Erwartungen auf ein Minimum zu beschränken. Die früheren Versuche des Papstes, zwischen den Nationen Frieden zu stiften, sind alle vergebens geblieben. Wenn sich jetzt sollte ein gewisser Erfolg herausstellen, so liegt das weniger am Papst, als daran, daß die wirklich maßgebenden Faktoren der Politik, die großen Mächte, nach Frieden hinstreben, die ungeliebt auch in der Richtung liegen, in welcher sich der Brief des obersten Bischofs bewegt. Die Tendenz aber der großen Mächte ist die, aus Deutschland so viel herauszuquetschen, als nur irgend möglich ist, ohne daß die Quelle verstopft wird. Menschenfreundlichkeit aber wird immer vergeblich rufen: es werde Gerechtigkeit! Denn mit Menschenfreundlichkeit wird keine Politik gemacht.

### Theunis Wiederkehr.

Wie die französischen Blätter aus Brüssel mitteilen, hat der belgische Kriegsminister Devezé sich doch noch entschlossen, in das neue Kabinett Theunis einzutreten. Die königlichen Erlasse, die die Mitglieder des neuen Kabinetts, die genau die gleichen sein werden wie die des verstorbenen Kabinetts, in ihre Ämter einsetzen werden dem „Matin“ zufolge Samstag veröffentlicht.

### Dennoch keine französisch-englische Einigung.

Mit der Wiederaufstellung des belgischen Kabinetts wäre also, so sollte man meinen, das erste Hindernis gefallen, das Frankreich bis jetzt außerstande war, auf den englischen Fragebogen vom 18. Juni zu antworten. Wenn man aber die französischen Regierungsblätter liest und besonders auch das, was zwischen den Zeilen steht, so wird man eines andern belehrt. Der englische Vorkämpfer in Paris sprach wiederum am Quai d'Orsay vor, um auf Antwort zu drängen. Wiederum war kein Gang resultatlos. Poincaré scheint besonderen Wert darauf zu legen nur mündlich zu verhandeln und nichts Schriftliches über den französisch-englischen Meinungs- austausch aus der Hand zu geben, denn, so schreibt das „Echo de Paris“, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London sind noch so stark, daß durch einen offiziellen Notenvorschlag die Klüfte noch viel größer werden würde. Zum anderen aber gäbe es zwischen Frankreich und England außer den Reparationen und der Ruhrbesetzung noch weitere Meinungsverschiedenheiten. Diese Meinungsverschiedenheiten, wie die Saarfrage, die Zangefrage, die Differenzen in Syrien und in der Türkei usw., sind natürlich keineswegs zu leugnen, aber im Grunde genommen zählt Frankreich jetzt schon ganz genau, daß die Offensiv, die in der Welt gegen die Politik Poincarés unternommen wird, diesen selbst in seiner Vernichtungspolitik gegen Deutschland unerwünscht zeigt. „Journes Industrielle“ drückt sich etwa so aus: Die Gefahr für Frankreich bestand darin, daß es frühzeitig seine Karten aufdecken mußte und ferner darin, daß es keine augenblickliche Politik abhängig von der der Nachbarn machen mußte.

### Deutschland drängt nach einer

#### Antwort der Alliierten.

Die Londoner „Morning Post“ meldet, der deutsche Botschafter Stamer habe bei seinem letzten Besuch bei Lord Curzon am Dienstag ein neues deutsches Ersuchen nach Beschleunigung der Antwort der Alliierten auf die deutschen Vorschläge ausgesprochen. Lord Curzon habe sich nur auf das Bedauern der englischen Regierung beschränken können, daß Englands Bemühungen bei den Alliierten eine gemeinsame Behandlung der deutschen Note herbeizuführen, noch keinen Erfolg gebracht hätten. Großbritannien setze jedoch seine Bestrebungen bei den Alliierten fort und hoffe, daß es bald zu einer Aktion der alliierten Mächte in der Reparationsfrage kommen würde.

### Aus dem Schandregister der „friedlichen“ Eroberer.

#### Frankischer Überfall auf Limburg.

In der Nacht zum Sonntag waren von auswärtigen deutschen Kriminalbeamten zwei in Diez an der Bahn im Dienste der Franzosen stehende und in Limburg wohnende Arbeiter verhaftet und ins unbesetzte Gebiet abgeführt worden. Infolgedessen unternahmen die Franzosen in der Nacht zum Freitag einen neuen Überfall auf Limburg. Als wären in Bannhansbach an

und nahmen zehn Limburger Bürger fest, darunter den Landrat, Gymnasialdirektor und Telegrapheninspektor, ferner einen Oberstadtkreuzer, einen Regimentsarzt, einen Oberbahnhofsleiter, einen Lokomotivführer, einen Hoteller und einen Waffner. Die Franzosen erklärten, die Herren würden solange in Haft bleiben, bis die beiden verhafteten Arbeiter von den deutschen Behörden wieder freigelassen seien. Unter lebhaftem Weinen und Juraufen der Bevölkerung wurden die Herren um 9 Uhr auf Lastkraftwagen abgeführt. Um 9 1/2 Uhr verließen die Franzosen wieder Limburg in der Richtung auf Diez. Während der Besetzung der Stadt waren Poststation, Bahnhof und Stadthaus von Truppen besetzt. Der Eisenbahnverkehr ist seit 10 Uhr wieder im Gange.

### Zwei Milliarden Mark Strafe für die Stadt Dortmund.

Nach Blättermeldungen ist der Stadt Dortmund von dem Führer der französischen Eindringarmee als Belohnung für die erschossenen zwei französischen Leutnanten eine Strafe von zwei Milliarden Mark auferlegt worden. Dieser Betrag soll auf das bei der Stadtkasse und bei der Reichsbank am 11. und 12. Juni weggenommene Geld angerechnet werden.

#### Neubesetzung.

Die Franzosen haben am Donnerstag in Stärke von etwa 300 Mann Hohenburg bei Dagen besetzt und am Denkmal Wilhelm I. die Tricolore gehißt.

### Die Strecken Frankfurt--Darmstadt, Frankfurt--Cronberg unterbrochen.

Gestern morgen haben die Franzosen auf der Station Dagen an der Strecke Frankfurt--Darmstadt die Gleise aufgerissen und dadurch den Verkehr auf dieser Strecke unterbrochen. Der Personenverkehr wird über Dieburg weitergeleitet.

Außer der Strecke Frankfurt--Darmstadt ist auch die Strecke Frankfurt--Cronberg unterbrochen, da die Franzosen auch in Eschborn die Gleise aufgerissen haben. Der Güterverkehr von Frankfurt geht nur noch bis Riedheim.

### Die deutsche Regierung verbietet die Ruhrzollzahlung.

Amlich wird mitgeteilt: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat unter dem 12. Juni 1923 eine Verordnung Nr. 183 erlassen, durch die nunmehr auch der Warenverkehr vom unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet, der bisher im allgemeinen noch ungehindert vor sich gehen konnte, grundsätzlich der Genehmigung der Interalliierten Rheinlandkommission und der von ihr bestimmten Unterorgane unterworfen wird. Die Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet wird von der vorherigen Einholung einer französischen Bewilligung, der sogenannten Zulassungsbewilligung und der Entrichtung einer vorläufigen festgesetzten Zollgebühr in Höhe von 25 Prozent der im interalliierten Zolltarif vorgesehenen Abgaben abhängig gemacht. Dieser sogenannte interalliierte Zolltarif ist in seinen Grundzügen auf dem deutschen Zolltarif aufgebaut, wobei die nach dem 25. April 1923 erfolgten Änderungen dieses Tarifes keine Berücksichtigung finden, aber auch sonst eilige Abweichungen zu verzeichnen sind. Einfuhr- und zollfrei bleiben nach der Verordnung nur die nach Maßgabe des interalliierten Zolltarifs bestimmten Waren und Erzeugnisse.

Die Reichsregierung hat auch diese Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission für rechtsunwürdig und rechtsunzulässig erklärt und es auf Grund der Ruhrverordnung vom 8. März 1923 verboten, die Zulassungsbewilligung der Besatzungsbehörde einzuholen und den Zoll an die fremden Kassen zu bezahlen.

#### Englische Meinung über die französische Ruhrpolitik.

Der Abgeordnete Colfey Collin schreibt in der „Westminster Gazette“ über seine Eindrücke beim Besuch im Ruhrgebiet. Zahlreiche Leute hätten ihm erklärt, daß selbst, wenn die deutsche Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes forderte, die Deutschen diesen Befehl nicht befolgen würden, wenn sie nicht überzeugt wären, daß die Franzosen ihre gegenwärtigen Methoden aufgeben.

Collin ist der Ansicht, daß, wenn das französische Ziel ihre eigene Sicherheit sei, die Franzosen diese auf einem falschen Wege zu erreichen versuchen, denn sie hätten den Geist der Rache geschaffen und das Gefühl des erlittenen Unrechts die jahrelang anhalten würden. Frankreich habe zweifellos guten Grund, Deutschland zu fürchten, aber die Sicherheit könne nicht erkauf werden, indem die Rechte und Freiheiten eines Volkes mit Füssen getreten werden.

Solange die französische Regierung die gegenwärtigen Methoden verfolge, könnten keine Reparationszahlungen geleistet werden. Die gegenwärtige Politik werde zum wirtschaftlichen Chaos führen.

#### Ein Interventionsversprechen Baldwins.

Das Parlamentsmitglied Newton Moore fragte den Premierminister, ob die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Tatsache gelenkt worden sei, daß die Aktion der französischen Behörden im Ruhrgebiete, die die nötigen Kohlen- und Koks mengen abschneiden und dadurch die Hochöfen in diesem Bezirk an der Tätigkeit hindern, katastrophale Wirkungen auf den englischen Handel ausüben. Sei die britische Regierung bereit, bei der französischen Regierung Vorstellungen zu erheben, um eine Besserung der Lage herbeizuführen? In einer schriftlichen Antwort teilt Baldwin mit, der Fragesteller könne versichert sein, daß, sobald sich zeige, daß Vorstellungen bei der französischen Nation zu einer Besserung der internationalen Lage führen könnten, herartige Vorschläge gemacht werden würden.

#### Gesamtschiffverkehr.

Aus Saarbrücken wird geschrieben: Vor kurzem erzählt man sich in Saarbrücken eine unheimliche Geschichte. Auf dem Bahnhof hatte ein Wagon dadurch, daß er einen unerträglichen Geruch verbreitete, die Aufmerksamkeit einiger Wagherrn auf sich gezogen, die ihn in der Annahme, er enthalte verdorbene Waren, öffnete, aber ihn zu ihrem Entsetzen mit Dutzenden französischer Soldaten

angefüllt haben. Man nahm an, es handele sich um erschossene Deserteure, doch wurde von anderer Seite wiederum geklärt, es seien erkrankte Leichen französischer Soldaten, die in der Kriegsgefangenschaft gestorben waren. Die ganze Geschichte taucht in diesen Tagen in Saarbrücken in noch bestimmterer Form auf. Man erzählt sich, daß bei der 4. Kompanie eines Alpenjägerbataillons in Koblenz, bei der sich ziemlich viele Eisäcker befanden, eine Meuterei ausgebrochen sei und daß 29 Eisäcker und ein Franzose den Dienst verweigerten. Ein Eisäcker namens Bettner sei sofort auf dem Kasernenhof erschossen worden, die anderen 28 habe man noch am gleichen Tage nach Mainz geschafft und dort nach Beurteilung durch das Kriegsgericht am folgenden Mittag durch Marokkaner standrechtlich erschießen lassen. Die Leichen seien in einen Wagon verladen und über Saarbrücken abtransportiert worden.

### Kleine politische Meldungen.

**Polnische Brückierung des Danziger Senats.** Der Danziger Senat hat in einer Note dem polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig mitgeteilt, daß er wegen der Ausweisung von 18 Danziger Staatsangehörigen aus Polen die Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes angerufen hat. Die Note ist in durchaus verständlichem und entgegenkommenden Tone gehalten. Trotzdem hat, wie WTB. meldet, der diplomatische Vertreter Polens die Note des Danziger Senats zurückgeschickt mit einem Schreiben, in dem es heißt: „Diese Note kann ich, da sie nicht in geständigem und der allgemeinen Höflichkeit entsprechendem Tone abgefaßt ist, nicht zur Kenntnis nehmen.“ Die „Danziger Zeitung“ bemerkt dazu: Es ist dringend zu hoffen, daß es dem Völkerbundrat gelingen wird, durch eine klare Entscheidung nicht nur über die Ausweisungfrage, sondern auch über das ganze Verhältnis zwischen Danzig und Polen die jetzt herrschende Konfliktsituation zu beseitigen, die beiden Seiten schadet.“

**Attentat auf den italienischen Kammerpräsidenten.** In Neapel wurde der Präsident der italienischen Kammer, Vittravalle, von einem Unbekannten überfallen und durch einen Stich in den Magen lebensgefährlich verletzt. Es soll sich um die Tat eines Arbeitslosen handeln, der vor einigen Tagen beim Präsidenten vergeblich um eine Stelle nachgesucht habe. Der Zustand des Überfallenen ist hoffnungslos.

**Die Tochter Bruskilows hingerichtet.** Die Tochter des Generals Bruskilow, des Chefs der Roten Armee, ehemaligen Kommandeurs der Roten Armee, ist von den Bolschewisten in Moskau hingerichtet worden. Sie wurde angeklagt, Rutschenskye verborgen zu haben, um sie vor der Bolschewistenbehörde zu retten. In Anbetracht dessen, daß ihr Vater Kommandeur der Roten Armee ist, wurde ihr der Rat erteilt, sich um Begnadigung an die Bolschewistenregierung zu wenden. Sie lehnte diesen Vorschlag ab, da sie keine Gnade aus den blutigen Händen der Denker des russischen Volkes zu nehmen gelassen sei. Daraufhin wurde das junge Mädchen erschossen.

### Von Stadt und Land.

Aus. 20. 31.

**Vor einer Verdrehung des Druckpapierpreises?** Aus Berlin wird berichtet: Die in Reichswirtschaftsministerum stattfindenden Verhandlungen über die Höhe der Druckpapierpreise für Juli haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Fabrikanten fordern eine Erhöhung des Druckpapierpreises von etwa 25 Millionen im Juli auf 74 Millionen Mark (1) pro Wagen ab 1. Juli, obenrein mit dem Vorbehalte, daß im Falle weiterer Erhöhung der Kohlenpreise, Arbeitslöhne und Frachten der Papierpreis im Laufe des Monats Juli weiter gesteigert wird. Die Vertreter der Presse haben den genannten Preis als unerträglich abgelehnt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. — Durch diese unerwartete Verteuerung des Druckpapiers wird die Krise des Zeitungsgewerbes bedenklich verschärft. Eine Abmilderung der unabweisbaren Lasten durch entsprechende Bezugs- und Anzeigenpreisrückstellungen wird den meisten Zeitungen kaum möglich sein. Der außerordentliche Preis von 74 Millionen bedeutet eine Erhöhung des Vorkriegsdreiecks um das 87 000 fache! Dessenhalb werden die Papierfabrikanten, ehe es zu spät ist, zur Einsicht kommen, daß sie nur verlieren, nichts gewinnen können, wenn die Zeitungen und Zeitschriften erst unter den hohen Papierpreisen zusammengebrochen sind.

**Polizei-Bericht der Polizei-Wache Aus.** Im Monat Juni 1923 kamen zur Anzeige: 13 Anzeigen wegen Preistreibelei beim Wucher, 15 Fälle wegen Kubelstörung, 9 Straßenpol. Uebertretungen, 5 Uebertretungen des Kraftfahrzeuges, 1 Unfall, 1 Vergehen gegen die Sittlichkeit, 1 Uebertretung der Maß- und Gewichtordnung, 1 Aufhebung, 3 Fälle wegen Wettens und Landstreicherei, 1 Uebertretung der Bauordnung. Das Bußkollektum wird nochmals darauf hingewiesen, alle Wucherfälle, sowie Uebertretungen, der Polizei-Wache zur Anzeige zu bringen, damit derartige Fälle sofort polizeilich verfolgt werden können.

**Schlüsselzahl 9000.** Der Vorstand des Obervereins der Deutschen Buchhändler hat die Schlüsselzahl mit Wirkung von heute Sonnabend um 12 Prozent auf 9000 heraufgesetzt.

### Turnen, Sport und Spiel.

**Hockey.** Sonntag, den 1. Juli 1923 kann die Hockeyabteilung des Sportvereins Alemannia Aue mit Stolz auf das erste Jahr regsten Sportbetriebs zurückblicken. Unermüdetes Aufmunternde, gepaart mit eifrigem Sportgeist wurde reichlich mit dem Erfolg belohnt, daß die Abteilung zur Zeit 1 Damen-, 2 Herren- und 2 Frauenmannschaften zu freudigen Wettkämpfen auf grünem Rasen stellen kann. Jederzeit ist die Abteilung bereit gewesen, Spieler beiderlei Geschlechts zu brauchbaren Leuten in ihrer Sportart auszubilden. Wenn auch Sieg und Niederlage oftmals wechselten, der eifrige Wille der Spieler ebnete immer wieder den Weg zu gegenseitigen weiteren Erfolgen. — Auf dem Alemanniasportplatz trafen sich am Sonntag in Gesellschaftsspielen die Mannschaften des Blauener Sport- und Ballspielklubs und die Mannschaften der Auer Hockeyabteilung gegenüber. Die Blauener spielen ein reines und sehr anständiges Hockey und stehen mit Hof-Bauern an führender Stelle in unserem Gau Voynland. Mit Recht darf man ein schnelles und gutes Spiel besonders der Spieler 1. Herrenmannschaft erwarten, da bei Blauen verschiedene repräsentative Spieler mitwirkten und Aue in den beiden repräsentativen Spielern Dr. Sinn und Steinbühler die Stützen ihrer Mannschaft hat. Die Spiele werden wie folgt ausgetragen: Sport-V. Alemannia 2. Herrenmannschaft —